



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene und auf Bundesebene für eine humanitäre und an den gültigen menschenrechtsstandards orientierte Lösung der Versäumnisse der Flüchtlingspolitik einzusetzen. Eine koordinierte und solidarische europäische Flüchtlingspolitik ist die einzige Alternative zu nationalstaatlich orientierten Abschottungsmaßnahmen, welche langfristig den Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden.

Der Landtag stellt fest:

- Die Europäische Union versteht sich als gemeinsamer Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts und als Solidargemeinschaft. In ihren Verträgen und der Grundrechte-Charta ist das Recht auf Asyl verbrieft.
- Für die bisherige Dublin-Regelung, die höchst ungerecht ist und das gemeinsame Haus Europas zum Wanken bringen kann, brauchen wir einen europäischen Ersatz mit einem Verteilungsschlüssel auf die Mitgliedstaaten, fairen Asylverfahren nach EU-weiten Standards und europäischer Unterstützung in den Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb Europas und einheitlicher Registrierung in ausreichend großen sogenannten Hotspots.
- Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik in Europa erfordert, dass in allen Mitgliedstaaten faire Asylverfahren nach EU-weiten Standards mit annähernd gleichen Anerkennungschancen und Mindestversorgungsstandards geschaffen werden. Dazu brauchen wir eine europaweite Integrationsstruktur, die von der EU vor allem in strukturschwächeren Mitgliedstaaten und Regionen unterstützt wird. In Mitgliedsstaaten, die sich letztlich nicht an einem europäischen Verteilungsschlüssel beteiligen wollen, sind zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, stärker durch die EU zu unterstützen.

- Die Fluchtursachen müssen durch mehr gemeinsame Außenpolitik und eine ausreichende und verlässliche humanitäre Hilfe sowie durch faire und nachhaltige Reformen der Politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Fischerei und Umweltschutzpolitik eingedämmt werden.
- Legale Einreisewege müssen ausgebaut werden: diese sind sichere Einreisewege für Verfolgte und entziehen der Schlepperei die Geschäftsgrundlage.
- Erforderlich ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Lage in den Balkanstaaten durch Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit und eine echte EU-Beitrittsperspektive.

Begründung:

Wir müssen unsere Flüchtlingspolitik in Europa und insbesondere mit unseren Nachbarländern gemeinsam regeln. Nationale Alleingänge und Grenzsperrungen schaffen humanitäre Not und gefährden bisher erreichte Errungenschaften Europas. Auch die Vorschläge um die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten um Armenien, Algerien, Bangladesch, Benin, Gambia, Georgien, Indien, Mali, Mongolei, Nigeria, Republik Moldau, Ukraine, Marokko und Tunesien lösen nicht die Ursachen. In allen Staaten existieren Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Korruptionsbekämpfung und beim Menschen- und Minderheitenschutz.

Weder wurde bisher die Finanzklemme der UNHCR behoben, noch die Zusagen, die Nachbarstaaten Syriens bei der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge zu unterstützen. Angesichts der sich weiter verschärfenden Flüchtlingssituation in und um Syrien werden die zwischen der EU und der Türkei vereinbarten 3 Milliarden Euro die Herausforderungen nicht lösen.

Vor dem Hintergrund derart immenser derzeitiger Handlungsversäumnisse ist es geradezu absurd, durch Klageandrohungen von Bayern gegen die Bundesregierung oder durch Abschottung der Grenzen die anstehenden Aufgaben lösen zu wollen. Die Folgen der Wiedereinführung von Grenzkontrollen würden die erforderlichen gemeinsamen solidarischen Lösungen verhindern und Europa nachhaltig schädigen. Vielmehr muss der Einwanderungspolitik durch ein entsprechendes Einwanderungsgesetz ein Rahmen verliehen werden.